

Tagesordnung I Punkt 14 der öffentlichen Sitzung am 10.03.2005

Vorlage Nr. 05-F-02-0012

**Bürgerbegehren zum ESWE-Bad
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 15.02.2005 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. als Mehrheitsgesellschafter des Badebetreibers, der ESWE Versorgungs AG, dafür zu sorgen, dass der Betrieb des ESWE-Hallenbades in der Mainzerstraße über den 31.12.2004 hinaus fortgesetzt wird mit ganztägigen Öffnungszeiten wie folgt: Allgemeiner Badebetrieb incl. Schul- und Vereinsmitnutzung: dienstags-freitags 7.00 - 20.45 Uhr, samstags/sonntags 8.00 - 20.00 Uhr; Alleinige Vereinsnutzung: montags 16.30 - 21.30 Uhr und dienstags - freitags 20.45- 22.00 Uhr.
2. Das prognostizierte Defizit des Bades inklusive dieses Öffnungskonzepts soll dadurch sicher abgedeckt werden, dass man mit einer jährlichen Einnahmeerhöhung von 10 % durch eine gemäßigte Anhebung der Eintrittspreise auskommt und Mehreinnahmen u.a. durch Kursangebote vorsieht.

Änderungsantrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 08.03.2005

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zu prüfen, ob mit einer geänderten Betreiberform das ESWE-Bad zur Entlastung des Haushalts der Landeshauptstadt Wiesbaden weiter geführt werden kann. Dabei wird gebeten, folgende vier Realisierungsmodelle, die von einer schon am Markt etablierten Gesellschaft erfolgreich umgesetzt wurden, einzubeziehen und darzustellen, welches hiervon für Wiesbaden besonders geeignet ist:

- Investorenmodell (Bsp. Kaiserslautern)
- Vollprivatisierung (Bsp. Rengsdorf)
- Teilprivatisierung (Bsp. Rheinbach)
- Betriebsführervertrag (Bsp. Neustadt / Sachsen)

Nach erfolgreichem Ende des Pilotprojektes sollte diese Nutzungsform als Grundlage für ein Wiesbadener Gesamtbäderkonzept dienen.

Beschluss Nr. 0089

Der Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 15.02.2005 betr.

Bürgerbegehren zum ESWE-Bad

wird einschließlich des Änderungsantrages der FDP-Stadtverordnetenfraktion zur weiteren Beratung an die Ausschüsse für Freizeit und Sport und Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung überwiesen.

1. Den Vorsitzenden der Ausschüsse Wiesbaden, . 03.2005
 - für Freizeit und Sport
 - für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigungmit der Bitte um weitere Veranlassung

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat Wiesbaden, .03.2005
-16-

1. Dezernat I/LOB
mit der Bitte um Kenntnisnahme

2. Dezernat I/52 Diehl
mit der Bitte um Kenntnisnahme
Oberbürgermeister